



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist  
Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin.  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors  
wieder.

# Löhne wie aus dem Lehrbuch

In der Euro-Krise liegt die große Chance, dass Europa noch mehr gesellschaftlich zusammenwächst und so den Frieden auf Dauer sichert. Dieses Ziel der Bundesregierung ist klar erkennbar und unterstützenswert. Allerdings besteht die Gefahr, dass unsere Nachbarn sich wieder einmal von den Deutschen überrannt fühlen. Denn die europäischen Gipfel-Beschlüsse kommen der deutschen Bundesregierung weit entgegen: Das Abwenden eines griechischen Staatsbankrotts liegt im Interesse aller Anleger, also auch der Deutschen. Und mit der Einführung von Schuldenbremsen in allen Staaten der Euro-Zone sollen künftige Insolvenz-Gefahren gebannt werden. Aber in Deutschland selbst soll alles beim Alten bleiben. Dieser letzte Teil der Strategie wird aber nicht durchzuhalten sein. Deutschland muss aufhören, auf immer neue Erfolge im Export zu setzen. Zumal die Exportstärke vor allem auf einer schwachen Lohnentwicklung basiert, die auf Kosten der Binnennachfrage und damit des sozialen Friedens in Deutschland geht.

Es ist kein Zufall, dass die deutschen Wirtschaftsverbände den Euro und die Euro-Zone vehement verteidigen. Dass die Wirtschaft uneingeschränkt hinter der Politik steht, kommt selten vor. Es ist aus ökonomischer Sicht aber auch nicht schwer zu verstehen: Seit der Einführung des Euro herrschen in der Euro-Zone gewissermaßen feste Wechselkurse. Wenn die Unternehmen eines Landes immer wettbewerbsfähiger werden, führt das nicht mehr zu einem höheren Außenwert der Landeswährung. Und wenn in einem Land der Euro-Zone permanent Lohnzurückhaltung geübt wird, und deshalb auch die Inflation niedrig bleibt, dann werden die Bedingungen für den Export immer besser. Länder, in denen die Löhne stärker steigen, fallen im Wettbewerb zurück und müssen sich im Außenhandel immer mehr verschulden. In einem exportstarken Land wie der Bundesrepublik hingegen, in dem die Lohnzurückhaltung zu höheren Gewinnen führt, wissen die Kapitaleigner irgendwann nicht mehr wohin mit dem vielen Geld.

Es ist verständlich und ökonomisch gut nachvollziehbar, dass im (europäischen) Ausland erwartet wird, dass sich Deutschland endlich wieder stärker auf seinen Binnenmarkt konzentriert. Und in diesem Binnenmarkt gibt es für den Konsum einen Nachholbedarf, da seit etwa zehn Jahren die Nettolöhne kaum mehr gestiegen sind. Und das, obwohl die Steuerlast gesenkt wurde!

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass der Hinweis, 2012 sollten die Tarifparteien den makroökonomischen Verteilungsspielraum ausnutzen und die Löhne also gemäß der Inflation und der mittelfristigen Produktivitätszuwächse um etwa drei Prozent steigern, überhaupt als Nachricht zur Kenntnis genommen wird. Eigentlich ist dies nur ein Hinweis, um wieviel die Löhne steigen können, ohne die Gewinne zu schmälern. Aber bereits diese simple Feststellung hat zum Jahresende die Verbände auf den Plan gerufen, die vor angeblichen Arbeitsplatzverlusten warnen. Alles was passieren würde, wäre lediglich, dass die Gewinne nicht rascher als die Löhne steigen. Warum sollte das Beschäftigung kosten? Insbesondere dann, wenn man – wie in Deutschland üblich – zu differenzierten Lohnabschlüssen kommen wird, die sich an der jeweiligen Leistungsfähigkeit einzelner Branchen orientieren werden.

Die Bundesregierung kann nicht in die Lohnfindung eingreifen. Was sie aber tun kann, ist, dafür zu werben, dass die Lohneinkommen nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft in Deutschland gestärkt werden sollten. Deutschland kann nicht erwarten, dass nun in anderen Ländern der Gürtel enger geschnallt wird, man selbst aber am Wirtschaftsmodell „Exportpanzer“ festhält. Will man glaubhaft der Euro-Zone eine Zukunft geben, braucht es in allen Mitgliedsländern eine auf Europa ausgerichtete partnerschaftliche Gestaltung der Wirtschafts- und Verteilungspolitik. Und dafür sind nicht nur die Regierungen sondern auch die Tarifparteien verantwortlich.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
79. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Miriam Hauft  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Lana Stille

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.